

Entscheidungsvorlage

Gesundheitsregion plus: Projekt einer kommunalen Gesundheitskonferenz in Nürnberg

Deutschland verfügt über eines der qualitativ besten Gesundheitssysteme der Welt, insbesondere, was den stationären und ambulanten Bereich der Gesundheitsversorgung betrifft. Schwachstellen unseres Gesundheitssystems zeigen sich hingegen v.a. in der noch unbefriedigenden sektorenübergreifenden Verzahnung von Teilbereichen der Gesundheitsversorgung, beim noch zu geringen Mitteleinsatz für Aktivitäten der Prävention und Gesundheitsförderung (insbesondere für Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen) und was Defizite im Hinblick auf eine bedarfsorientierte Kooperation und Koordination der verschiedenen Akteure betrifft.

V.a. im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung gibt es bundesweit in unterschiedlicher Ausformung Ansätze über sogen. „Runde Tische“ oder „Gesundheitskonferenzen“, um Koordinationsdefiziten entgegenzusteuern. Auch in Nürnberg wurde und wird über themenbezogene Treffen der verschiedenen Akteure (siehe z.B. die Gesundheitskonferenz „Migration und Gesundheit“) der Versuch gemacht, auf der Grundlage von Bedarfsanalysen gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten und umzusetzen.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) plant nun ein auf fünf Jahre angelegtes Projekt „Gesundheitsregionen plus“, das über eine ständige Gesundheitskonferenz die Gesundheitsvorsorge bzw. Gesundheitsförderung, aber auch die Gesundheitsversorgung auf kommunaler/regionaler Ebene, optimieren soll. Über ein Gesundheitsforum als zentrales Steuerungsgremium und themenspezifische Arbeitsgruppen soll dieser Prozess organisiert werden. Es ist vorgesehen, „vor Ort“ in Kommunen bzw. Landkreisen Geschäftsstellen als Anlauf- und Koordinierungsstelle zum Management der Aktivitäten der Gesundheitskonferenz einzurichten und die dadurch entstehenden (Personal-)kosten durch den Freistaat weitreichend zu fördern. Hierbei bietet sich – um Neutralität zu gewährleisten - eine Angliederung der Geschäftsstellen an die Gesundheitsverwaltung an.

Ein solches Projekt würde es ermöglichen, schon bestehende Ansätze bzw. geplante Aktivitäten in einen breiteren Koordinierungsprozess zu integrieren und Grundlagen für eine langfristig angelegte, strukturierte trägerübergreifende Weiterentwicklung von Gesundheitsaktivitäten in Nürnberg zu schaffen.

Mögliche Aufgabenfelder für eine solche Gesundheitskonferenz könnten v.a. darstellen:

- Die Gesundheitskonferenz „Migration und Gesundheit“ (Siehe Beschluss zu TOP 1 der Ausschuss-Sitzung vom 10.07.2014)
- laufende Abstimmungen zur Entwicklung eines Konzepts zum Aufbau eines Traumakompetenzzentrums (siehe TOP 1 der Sitzung vom 22.07.2013)
- ein geplanter „Runder Tisch“ zur Gesundheitsförderung in Schulen und Kindertagesstätten (Siehe Beschluss zu TOP 1 der Ausschuss-Sitzung vom 10.07.2014)
- das Nürnberger „Bündnis gegen Depression“
- das CardioNet Noris (Projekt für Patienten/-innen mit Herzinsuffizienz)
- Bemühungen zur Verbesserung der Versorgungssituation von Menschen mit Seltenen Erkrankungen (siehe TOP 2 der Ausschuss-Sitzung vom 10.07.2014).

Zum Gender-Aspekt

Eine kommunale Gesundheitskonferenz kann es erleichtern, das Gesundheitswesen bedarfsorientiert und zielgruppenspezifisch weiterzuentwickeln. Der Genderaspekt spielt hierbei eine wichtige Rolle: Derzeit wird bei Gh ein Gender-Gesundheitsbericht erarbeitet, dessen Ergebnisse in die Themenfelder der Gesundheitskonferenz einfließen könnten.